Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 38. für Anhalt und Thüringen. **Jahrgang 200.**

Bezugspreis f. Halle u. Vororte 2,50 M. durch d. Post bezogen 2 M. f. d. Vierteljahr. Postzeitungsliste Nr. 5259. Die Hall. Ztg. erscheint wöchentlich sieben mal. — Gratis-Beilagen: Hall. Sonntagsblatt (illustrirte Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilung.

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren f. d. sechsgespaltene Petitzeile od. deren Raum f. Halle u. den Saalkreis 20 Pfg., auswärts 30 Pfg. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfg. Anzeigen-Annahme b. d. Expedition in Halle a. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus. Telephon 158; Redaktion Telephon 1272. Eing. Gr. Brauhausstr. Schriftleitung: Dr. Walther Gebensleben in Halle a. S.

Mittwoch, 23. Januar 1907.

Geschäftsstelle in Berlin: Dessauerstraße 14. Telephon-Amt VI a Nr. 11494. Druck und Verlag von Otto Thiele in Halle a. S.

Zu den Reichstagswahlen.

Der Wert unserer Kolonien.

Während die Zentrumspartei früher für die Entwickelung unserer Kolonien eingetreten ist, gefällt sie sich unter der Führung des Herrn Matthias Erzberger seit einiger Zeit in einer Herabsetzung nicht nur unserer Kolonialverwaltung, sondern der Kolonien selbst. Die Rabulistik, die dabei aufgewendet wird, erinnert in ihrer unerlaubten Plattheit an die unerquicklichsten Blüten der Sozialdemokratie. Was soll man z. B. dazu sagen, wenn Herr Erzberger und nach ihm die Seinen, um die Steigerung der Kolonialausgaben unter der „Aera Bülow" im Gegensatze zu der „Aera Buchka" scharf zu „beleuchten", die Kosten der China-Expedition frisch und fröhlich den Kolonien aufpacken!

Hat das Zentrum etwa gegen diese China-Kosten gestimmt und wünschte Herr Erzberger, daß die Missionen in China schutzlos geblieben wären?

Was soll man überhaupt zu solcher sinnlosen Aufsummierung der Ausgaben ohne Unterscheidung nach ihrem werbenden Werte sagen? Mit demselben Rechte könnte man ihm, Herrn Erzberger, vorrechnen, daß er im Laufe seiner dreißig Lebensjahre bereits für 100 000 Mark aufgegessen habe, und, abgesehen von seinen Reichstagsdiäten, bis zur Stunde keine Vermögensbildung verspreche, daß es folgerichtergerweise das Beste wäre, ihn „aufzugeben!" In der Versammlung, die er in der Hasenheide hielt, trat er trotz der amtlicherseits gegebenen Klarstellung wieder mit der Behauptung auf, den für Südwestafrika geforderten 8000 Mann stünden nur 300 Hottentotten gegenüber. Er müßte mindestens n a c h der amtlichen Richtigstellung doch ganz genau wissen, daß unter den Hottentotten, Herero und den Ovambo die Ruhe zunächst nur aufrechtzuerhalten ist, wenn eine hinreichende Anzahl von Truppen im Lande bleibt, zumal es jenseits der englischen Grenze nicht an freundwilliger Aufmunterung der Eingeborenen zum Aufstande fehlt. Mit dem gleichen, ja mit noch viel besserem Rechte könnte er ja in Deutschland die Abschaffung des stehenden Heeres fordern, da ja bei uns überhaupt kein Aufstand herrscht. Es ist erstaunlich und jedenfalls eine der bedauerlichsten Schattenseiten der durch das allgemeine Wahlrecht geschaffenen Zustände, daß selbst in der wegen ihrer „Intelligenz" vielgepriesenen Reichshauptstadt den Massen solche abgeschmackten Kindereien geboten werden können. Es beweist das aber nur aufs neue die dringende Pflicht, für Aufklärung der Bevölkerung über die wichtigsten Kolonialfragen zu sorgen.

Daß unsere Kolonien zurzeit noch nicht die Ausfuhr liefern, die sie rentabel machen könnten, liegt in ihrer Jugend. Sämtliche deutsche Kolonien in Afrika entbehrten, als wir dort Fuß faßten, einer festen Erfahrung und Ueberlieferung im Plantagenbau. Auf Zansibar freilich haben die Juden sehr wertvolle Nelkenbaumpflanzungen. Im Innern aber waren entsprechend dem geistigen Tiefstande der durch etwaige Kriege und Sklavenjagden heruntergekommenen Negerstämme alle Kulturen verkümmert. Selbst das Vieh der Eingeborenen im Osten und Westen war schwächlich und mit Ausnahme der Treck-Ochsen von Damaraland zu keiner ernsthaften Arbeit brauchbar. Die Europäer aber waren nicht in der Lage, die in anderen ostindischen oder westindischen Kolonien erworbenen Erfahrungen ohne weiteres auf Afrika übertragen zu können. Dies betrachten die Engländer auch für so selbstverständlich, daß sie in den vom Botanischen Garten in Kew in allen englischen Tropenkolonien eingerichteten Versuchsgärten auf Staatskosten fortgesetzt Anbau-Versuche machen.

Wir haben auch aus solchen Versuchen erst die entsprechenden Erfahrungen sammeln müssen. Es war durchaus gerechtfertigt, daß man sich vom Tabak und Kaffee in Ostafrika viel versprach. Aber beide Kulturen hatten unter so vielen, in beiden Indien unbekannten Schwierigkeiten zu leiden, daß heute kein Mensch mehr an diese Kulturen denkt. Wer die Geschichte des spanischen Südamerika kennt, weiß, wie sehr auch dort in den klassischen Kaffeeprovinzen die Aussichten dieser Kultur geschwankt haben und mit wie geringem Nutzen der Kaffeebau zurzeit wieder dort betrieben wird. Die Holländer sind auf Java sehr bald zu dieser Erfahrung gekommen und haben deshalb den Kaffeebau der Eingeborenen organisiert. Das muß und wird auch unsere Aufgabe in Ostafrika sein.

Sehr viel bessere Aussicht versprach und verspricht der Kakaobau in Togo und Kamerun, sowie in Neu-Guinea und Samoa. Die Gesellschaft „Viktoria" in Kamerun hat bereits 2 Millionen Bäume stehen, von denen im Jahre 1904 bereits 500 000 Frucht trugen und 10 700 Zentner Kakao lieferten. Diese brachten 539 000 Mark Erlös und davon 28 900 Mark Reingewinn. Leider hatte aber dann der Kamerunkakao mit der Baumfäule zu kämpfen; doch ist diese Plage jetzt überwunden. Das sind Kinderkrankheiten, die jede Kultur einmal durchwachen muß. Wer wollte wohl in Deutschland den Getreidebau aufgeben, weil die Hessenfliege den Roggen befällt! Die Wissenschaft hilft uns ja, die klimatischen Bedingungen solcher Plagen zu erkennen und zu vermeiden.

So wird sie uns auch lehren, in Ostafrika Vieh und Pferde gegen die Tsetsefliege immun zu machen und konstant zu züchten, wie in Südafrika die Erfahrung, die aller Wissenschaft Muster ist, die Buren bereits gelehrt hat, „gesalzene", d. h. gegen die große Pferdesterbe unempfängliche Pferde zu züchten.

Man hat aus ähnlicher Erfahrung heraus mit Recht die Aufmerksamkeit solchen Pflanzen zugewandt, die im Urzustande bereits in unseren Kolonien vorhanden waren und nur der Veredelung bezw. massenhaften Anbaues warteten.

Dahin gehören namentlich Kautschuk, Sisalhanf und Baumwolle.

Der Kautschuk wird in Ostafrika zurzeit noch fast ausschließlich von der Landolphia-Liane gewonnen, und die Fürsorge der Verwaltung hat sich im wesentlichen darauf beschränken müssen, die Neger, die den Kautschuk gewinnen, zu sauberer Arbeit zu zwingen, indem aller an der Küste als unrein, d. h. in der Mitte des Fadenknäuels mit Baumborke vermischter Kautschuk vernichtet wird. Eine spätere Fürsorge wird vielleicht die in tiefem Waldesschatten gedeihende Landolphia-Liane in forstmäßige Kultur nehmen. Zurzeit wendet sich unsere Hauptaufmerksamkeit in Ostafrika aber mit Recht dem Anbau des Ceará-Kautschuk (Manihot Glaziovii) zu. Schon Sir John Kirk hatte diesen in dem auf Sansibar bei Schuknani angelegten Kew-Garten angepflanzt, und er gedeiht mit bestem Erfolge in den guten Lagen von Usambara, und wird am Kilima-Ndjaro eine große Zukunft haben und es sind jetzt bereits nahezu 2 Mill. Kartschukbäume gepflanzt. In Kamerun hat das massenhafte wilde Vorkommen der Kautschuk liefernden Kickxia-Bäume den Anhalt für eine geordnete Kautschukplantagenwirtschaft gegeben und desgleichen in Togo. Die jährliche Gesamtausfuhr von Kautschuk aus unseren Kolonien beträgt heute bereits über 6 Millionen Mark, darunter 2¼ Mill. aus Ostafrika. Jeder einigermaßen unterrichtete Arbeiter der elektrischen und der Automobilindustrie weiß aber, wie sehr die Gesamtlieferung der Erde an Kautschuk hinter dem Weltbedarfe zurückbleibt.

Ebenso ist Hanf ein von der Industrie, namentlich in Amerika, immer lebhafter begehrter Rohstoff, zumal seit die Philippinen infolge ihrer Unruhen in der Lieferung versagen. Die Erfolge, die wir in ganz Westafrika, insbesondere aber in Ostafrika, mit der Sisal-Agave erreicht haben, berechtigen zu den schönsten Hoffnungen. Insbesondere ist dem Erzeugnis auf dem Hamburger Hanfmarkte eine ganz vorzügliche Güte nachgerühmt. Es holte per Tonne 720—800 Mark bei 290—300 Mark Gestehungskosten.

Fürst Bismarck legte mit Recht den Schwerpunkt auf die Baumwolle, schon um der Abhängigkeit willen, in die unser Verbrauch uns von Amerika bringt. Nun liefert Ostafrika uns in seiner seidigfeinen, langstacheligen Baumwolle ein dem ägyptischen geradezu überlegenes Produkt, so daß die Aufmerksamkeit der ägyptischen Baumwollhäuser, die dort unter allerhand Mißständen zu leiden haben, sich bereits auf unsere Kolonie richtet. Westafrika liefert dagegen Baumwolle des amerikanischen Typ. Für diese eignet sich das Hochland von Kamerun, namentlich die Gegend am Tschadsee vorzüglich zum Baumwollenbau, wie die vortreffliche Eingeborenenkultur in Adam nun beweist. Togo liefert jetzt bereits jährlich 1000 Ballen vorzügliche Baumwolle. Sehr geeignet zum Baumwollenbau ist aber auch der nördliche, bereits tropische Teil von Südwestafrika, das Ovamboland, dem Professor Wohltmann eine große Zukunft verspricht.

Der Wert unserer Kolonien in bergbaulicher Beziehung ist noch wenig erschlossen. Südwest liefert Kupfer schon heute in den Otavi-Minen, den Minen bei Otjisongati, der Gorub-Mine und zahlreichen anderen, ist aber auch in bezug auf die Urlagerstätten noch sehr wenig durchforscht.

Daß es gleich den Burenstaaten ein Schafzuchtland erster Klasse werden kann und wird, darf als bewiesen gelten — vorausgesetzt, daß die englischen Konzessionsgesellschaften dort zur Herausgabe des Bodens gezwungen werden, was hoffentlich geschieht. Die Beteiligung privaten Kapitals, besser aber noch der Unternehmungsgeist wagemutiger Pioniere, an denen es nicht fehlen wird, hat freilich noch ein gut Stück Arbeit zu leisten. Das Reich aber kann und darf sich nicht der Verpflichtung entziehen, das Land zu schützen und durch Eisenbahnen zu erschließen, trotz Herrn Matthias Erzbergers Rechenkunststückchen!

---

* **Herr Spahn und die Deimling-Depesche.** Die Regierung hatte bekanntlich offiziös erklären lassen, die Deimling-Depesche sei dem Zentrumsführer Dr. S p a h n in der Budgetkommission am 10. Dezember zur Einsicht überreicht worden; trotz der Kenntnis des Inhalts der Depesche habe das Zentrum an seinem Antrage festgehalten; es habe also die Reichstagsauflösung provoziert. Diesen Vorwurf will Herr Dr. Spahn nach dem „B. T." nicht ruhig einstecken; er gibt in einer Zuschrift an die „Weserztg." zwar zu, daß ihm in der Budgetkommission am 10. Dezember eine Depesche des Obersten v. Deimling mitgeteilt worden sei. Aber er sagt weiter, er habe nur einen Satz daraus gelesen, zur Kenntnisnahme des Uebrigen sich nicht für befugt erachtet, auch habe er jenen Satz niemand mitgeteilt. Ein merkwürdiger Herr mit einer merkwürdigen Ausrede!

Deutsches Reich.

Halle a. S., den 23. Januar.

Vertrag zwischen dem Deutschen Reiche und Dänemark.

Der „Reichsanzeiger" schreibt: Zwischen dem Deutschen Reiche und Dänemark ist folgender Vertrag vom 11. Januar 1907 abgeschlossen worden: Nachdem durch den Wiener Friedensvertrag vom 30. Oktober 1864 und durch die Dispositionen, die der König von Preußen mit dem Kaiser von Oesterreich im Verfolg des Wiener Vertrages getroffen hat, die Grenzen zwischen Preußen und Dänemark festgesetzt sind, haben Seine Majestät der deutsche Kaiser und König von Preußen im Namen des Deutschen Reiches, das hiermit Preußen auf dessen Antrag vertritt, und Seine Majestät der König von Dänemark, von dem übereinstimmenden Wunsche beseelt, die in gewissen Bevölkerungskreisen, insbesondere in Bezug auf ihre Staatsangehörigkeitsverhältnisse, bestehende Beunruhigung beseitigt zu sehen, sowie in der Erwartung, daß durch diesen Vertrag diese von beiden Teilen beabsichtigte Wirkung völlig erreicht werde, indem jede der beiden Regierungen in ihrem Staatsgebiete im Namen der Gesetze ihres Landes zu diesem Ziele in jeder Weise zu wirken sich anheischig macht, zu ihren Bevollmächtigten für den Abschluß eines Vertrages hierüber ernannt: der deutsche Kaiser den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Tschirschky, der König von Dänemark den Gesandten von Hegermann-Lindencrone, welche, nachdem die beiderseitigen Vollmachten in guter und gehöriger Form befunden sind, sich über nachstehende Artikel geeinigt haben:

Artikel 1. Die preußische Regierung wird den im preußischen Staatsgebiete wohnhaften staatenlosen O p t a n t e n k i n d e r n, d. h. den nach der Optionserklärung des Vaters, aber vor dem Inkrafttreten des dänischen Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 19. März 1898 außerhalb Dänemarks geborenen Kindern auf ihren Antrag bei dem Vorhandensein der allgemeinen gesetzlichen Voraussetzungen die preußische Staatsangehörigkeit verleihen.

Artikel 2. Durch die Bestimmungen des vorstehenden Artikels wird das Recht eines jeden der beiden Teile, Angehörigen des anderen Teiles, entweder infolge gerichtlichen Urteils, oder aus Gründen der inneren und der äußeren Sicherheit des Staates, oder aus Gründen der Armen- und Sittenpolizei den Aufenthalt zu versagen, nicht berührt. Diese Befugnis besteht für die preußische Regierung auch hinsichtlich der Optantenkinder, welche von dem ihnen in Artikel 1 gewährten Rechte, preußischer Staatsangehörige zu werden, keinen Gebrauch gemacht haben, oder deren Anträge man als der gesetzlichen Voraussetzungen abgelehnt werden mußten. Diesen Optantenkindern wird die dänische Regierung den Aufenthalt in Dänemark, insoweit nicht andere Gründe des dänischen Rechtes dafür vorliegen, nicht beschränken.

Artikel 3. Die beiden Regierungen sind darüber einverstanden, daß unter Optantenkindern im Sinne des Artikels 1 und 2 dieses Vertrages nicht bloß Nachkommen im ersten Grade, sondern auch deren Nachkommen zu verstehen sind.

Artikel 4. Die Ratifikation dieses Vertrages wird sobald als möglich erfolgen und der Austausch der Ratifikationsurkunden in Berlin stattfinden.

Es folgen die Unterschriften. Die Auswechselung der Ratifikation des vorstehenden Vertrages ist am 21. Januar d. J. in Berlin erfolgt.

Die „Nordd. Allg. Ztg." bemerkt zum Abschluß dieses Vertrages:

Der im „Reichs- und Staatsanzeiger" veröffentlichte Vertrag mit Dänemark vom 11. d. M. beseitigt einen wunden Punkt der deutsch-dänischen Beziehungen, der lange Zeit hindurch immer wieder Verdrießlichkeiten und Verstimmungen hervorgerufen hat.

Ihren Ursprung hatten diese Reibungen in Artikel 19 des Wiener Friedens vom 30. Oktober 1864. Dort ist den Bewohnern der von Dänemark an Preußen und Oesterreich gemeinsam abgetretenen Gebiete die Möglichkeit eingeräumt worden, sich die dänische Staatsangehörigkeit durch sogenannte Option unter gewissen Maßgaben zu erhalten. Die Verschiedenheit der Auslegung dieser Bestimmungen zwischen preußischen und dänischen Behörden führte zu dem unerwünschten Ergebnis der Entstehung der Kategorie der „staatenlosen" Optantenkinder, welche von Preußen nicht als preußische, von Dänemark nicht als dänische Staatsangehörige anerkannt wurden. Eine weitere Quelle von Unzuträglichkeiten war die Schlußbestimmung von Artikel V des Prager Friedens zwischen Preußen und Oesterreich vom 23. August 1866, worin die Möglichkeit eines Plebiszits über die Wiedervereinigung der nördlichen Distrikte Schleswigs mit Dänemark offen gehalten worden war.

Diese beiden Bestimmungen wurden benutzt, um in Nordschleswig fortdauernd Beunruhigung zu erhalten, wobei man vorgab, daß die zwischen Preußen und Oesterreich im Jahre 1878 getroffene Vereinbarung, durch die jene Bestimmung in Artikel V des Prager Friedens als aufgehoben erklärt wurde, für Dänemark keine bindende Wirkung haben könne.

In dem neuen Vertrag verpflichtet sich nun die preußische Regierung, den im preußischen Staatsgebiet wohnhaften staatenlosen Optantenkindern auf ihren Antrag beim Vorhandensein der allgemeinen gesetzlichen Voraussetzungen die preußische Staatsangehörigkeit zu verleihen, während die dänische Regierung denjenigen Optantenkindern, die nicht preußische Staatsangehörige werden, den Aufenthalt in Dänemark — wiederum beim Vorhandensein der allgemeinen gesetzlichen Voraussetzungen des dänischen Rechts — n i c h t verschränken wird. Die Lage der staatenlosen Optantenkinder ist bekanntlich in der Presse wie in den Parlamenten beider Länder vielfach erörtert worden. Infolge der Verschiedenheit der preußischen Auffassung, wonach sie als Kinder von Optanten Dänen sind, und der dänischen, die sie, weil außerhalb Dänemarks geboren, nicht als Dänen anerkennt, war die staatsrechtliche Stellung dieses Teiles der nordschleswigschen Bevölkerung in der Tat unsicher. Dänemark hat zwar durch das neue Staatsangehörigkeitsgesetz vom 19. März 1898 seine Anschauung dahin gemildert, daß die später geborenen Optanten-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190701232-15/fragment/page=0001

kinder als Dänen behandelt werden sollen; die älteren blieben aber nach wie vor in ihrer schiefen Stellung. In diese Verhältnisse bringt der neue Vertrag Klärung und Ordnung, wie es den beiderseitigen Interessen entspricht.

Durch die Einleitung des Vertrages wird die Rechtsgültigkeit des bestehenden Besitzstandes, der auf dem Wiener Frieden, dem Prager Frieden und der deutsch-österreichischen Vereinbarung von 1878 beruht, auch von Dänemark ohne Vorbehalt ausdrücklich anerkannt. Ueberdies aber machen beide Teile in der Erwartung, durch den Vertrag die in gewissen Bevölkerungskreisen insbesondere wegen ihrer Staatsangehörigkeitsverhältnisse herrschende Beunruhigung beseitigt zu sehen, sich anheischig, zu diesem Ziele in ihrem Staatsgebiet und im Rahmen der Landesgesetze in jeder Weise zu wirken.

Das ist mehr als eine einfache Anerkennung des bestehenden Rechtszustandes. Es bedeutet den festen Willen der beiden Regierungen, die in den Grenzgebieten bestehenden Spannungen zu beheben. Damit verlieren deutschfeindliche agitatorische Bestrebungen diesseits der Grenze jede Aussicht auf Rückhalt der dänischen Regierung. Der Vertrag wird in den beteiligten Bevölkerungskreisen der Grenzbezirke den inneren Frieden fördern und das gut angebahnte freundnachbarliche Verhältnis zwischen dem Deutschen Reich und Dänemark weiter kräftigen.

---

* **Deutsch-Südwestafrika.** Wie aus Keetmanshoop (Deutsch-Südwestafrika) telegraphiert wird, ist die Nachricht eines Kapstädter Blattes aus Port Nollot, daß die Friedensverhandlungen im deutschen Schutzgebiet abgebrochen und neue heftige Kämpfe zwischen den deutschen Truppen und den Hottentotten vorgekommen seien, gänzlich unbegründet.

Die Verhältnisse in Marokko.

Aus Berlin erhalten wir unterm 22. Januar folgende Meldung: Der französische und der spanische Botschafter haben heute im Auswärtigen Amt eine gleichlautende Mitteilung übergeben, worin die baldige Zurückziehung der französischen und der spanischen Kriegsschiffe aus den marokkanischen Gewässern angekündigt wird. Die Mitteilung stellt mit Befriedigung fest, daß neuerdings die marokkanische Regierung selbst für die Besserung der Lage in Tanger und der näheren Umgebung Sorge getragen hat. Sie weist dann auf die Notwendigkeit hin, die in der Akte von Algeciras vorgesehene Polizei mit Beschleunigung einzurichten und zählt die Schritte auf, die zu diesem Zweck von Frankreich und Spanien in Gemäßheit des diesen Mächten übertragenen Mandats bei der marokkanischen Regierung wie auch bei der Schweiz gemacht worden sind. Die Mitteilung erwartet, daß die Regierung des Sultans auch ihrerseits den ihr für die Einrichtung der Polizei obliegenden Pflichten nachkommen wird, und schließt damit, daß nach der Auffassung Frankreichs und Spaniens die Interessen der scherifischen Regierung wie die der in Marokko lebenden Fremden erst hinreichend gewährleistet sein werden, nachdem ohne Verzögerung unter bereitwilliger Mithilfe der Regierung des Sultans die in Algeciras grundsätzlich vereinbarte Polizei organisiert ist.

Staatssekretär v. Tschirschky hat die Mitteilung mit dem Hinzufügen zur Kenntnis genommen, die deutsche Regierung werde das ihrige tun, um die Einführung der Polizei zu beschleunigen.

---

* **Se. Maj. der Kaiser** ritt Montag nachmittag in der Bahn des Königlichen Marstalles. Zur Abendtafel war Prinz Oskar geladen. Dienstag vormittag konferierte der Kaiser mit dem Reichskanzler und hörte später im Königlichen Schlosse die Vorträge des Chefs des Militärkabinetts und des Chefs des Marinekabinetts.

* **Die Defilier-Cour.** Dienstag abend von 8 Uhr ab hielten die Majestäten im Rittersaal des Königlichen Schlosses die alljährliche große Defilier-Cour des diplomatischen Corps, der inländischen Damen und aller Herren vom Zivil ab. Die Anfahrt der zahllosen Equipagen begann bereits von 7 Uhr ab. Die Majestäten nahmen im Rittersaale auf dem Throne Platz, Pagen bildeten Spalier für die Defilierenden, die Kapelle des Garde-Füsilier-Regiments konzertierte. Es defilierten die Damen und die neu vorzustellenden Herren einzeln, die anderen Herren paarweise.

* **Prinz August Wilhelm von Preußen** wird, wie verlautet, nach seiner Vermählung, die im Sommer stattfinden soll, die gegenwärtig vom Prinzenpaar Eitel Friedrich bewohnte Villa Liegnitz in Potsdam beziehen. Prinz und Prinzessin Eitel Friedrich werden bekanntlich nach der am Havelufer bei Potsdam gelegenen Villa Ingenheim übersiedeln, deren Ausbau bald vollendet ist.

* **König Friedrich August von Sachsen** wird sich Anfang März nach Lissabon begeben, um dem Könige von Portugal, einem nahen Verwandten von ihm, einen Besuch abzustatten und im Heimatlande seiner Mutter zu weilen. Die Hinreise erfolgt auf dem Wasserwege ab Hamburg. Der Tag dazu ist noch nicht genau bestimmt. Während der auf etwa drei Wochen berechneten Abwesenheit des Königs dürfte auch ein Ausflug nach Madrid zum Besuche des spanischen Hofes stattfinden.

Die weiße Weste Arthur Stadthagens.

In der sozialdemokratischen Presse ist auf die mancherseits gegen den bisherigen Reichstagsabgeordneten und Hauptschriftleiter des „Vorwärts" Arthur Stadthagen erhobenen ehrenrührigen Vorwürfe entweder garnicht oder nur mit Ausflüchten geantwortet worden, so z. B. auf die Anschuldigung der Terminspekulation in Getreide. Auch über die Gründe, aus denen Stadthagen aus dem Anwaltsstande entfernt wurde, schwebte einiges Dunkel, und die sozialdemokratischen Blätter vermeiden es, sich darüber in eine Diskussion einzulassen. Herr Stadthagen, der Vertreter des Kreises Niederbarnim, erklärt in dem Kürschnerschen Reichstags-Handbuche in dem von ihm persönlich verfaßten Lebenslauf wörtlich:

„92 wegen einer Rede, in der er die Einsetzung von Laiengerichten forderte und die Berufsrichter der höchsten Stellen abfällig kritisierte, aus dem Stand der Rechtsanwälte ausgeschlossen."

Die „Post" dagegen ist in der Lage, über dieses Erkenntnis etwas genauer Auskunft zu geben:

„„Im sechsten Bande der Entscheidungen der Ehrengerichtshöfe für deutsche Rechtsanwälte auf Seite 222 unter Nr. 53 ist das Erkenntnis des Gerichtshofes vom 17. November 1892, durch welches Stadthagen aus der Rechtsanwaltschaft ausgeschlossen worden ist, zum Abdruck gelangt. Die Ausschließung ist ausdrücklich erfolgt wegen Verschleierung eines Rechtsverhältnisses zwecks Benachteiligung der Gläubiger und hohen Gebührengewinnes. Es heißt in der Entscheidung, daß diese Pflichtverletzung allein nach Ansicht des Gerichtshofes die Ausschließung des Angeschuldigten aus der Rechtsanwaltschaft notwendig macht, wenn auch keine andere Pflichtverletzung weiter festgestellt worden wäre. Stadthagen ist somit wegen Gebührenüberhebung ausgeschlossen worden. In derselben Entscheidung ist noch die Beleidigung eines Richters in Ablehnungsgesuchen und Herabsetzung des Richterstandes durch eine in einer sozialdemokratischen Versammlung gehaltene Rede erörtert und auch festgestellt, daß deswegen gleichfalls die Ausschließung erfolgen müßte und daß somit noch weitere Pflichtverletzungen außer der ersten als erwiesen anzunehmen sind. Wer ein Rechtsverhältnis verschleiert, um Gläubiger zu benachteiligen und sich selbst einen höheren Gewinn, als den erlaubten zuzuführen — es handelt sich um eine Gebührenliquidation von 5617 Mark — ist ein Betrüger!"

Es ist also eine Unwahrheit des „Vorwärts", wenn er behauptet, daß nicht ein Schatten irgendwelcher Unehrenhaftigkeit auf seinen Stadthagens vorliegt. Daß eine Unehrenhaftigkeit vorliegt, beweist allein schon der klare Wortlaut der Signatur, unter welcher die Entscheidung zum Abdruck gekommen ist, nämlich die Worte: „Verschleierung eines Rechtsverhältnisses zwecks Benachteiligung der Gläubiger und hohen Gebührengewinnes." Eine Person von dieser Vergangenheit ist einer der einflußreichsten Männer in der Sozialdemokratie und steht an der Spitze der Schriftleitung des „Vorwärts"!! Zweifellos berechtigt ihn sein Vorleben noch ganz besonders zur Mitgliedschaft des Reichstages. In Niederbarnim hat es noch 1903 nahe an 40 000 Schlaue gegeben, die den Exanwalt zum Volksvertreter wählten! Die Zahl derer, welche niemals alle werden, ist in der Tat erstaunlich groß!

* **Polnischer Schulstreik.** Nach einem Privattelegramm der „B. N. N." aus Thorn vom 22. Januar wird in verschiedenen Teilen der Provinz Westpreußen versucht, den Schulstreik von neuem anzufachen. In den Gemeinden mit polnischer Bevölkerung werden Petitionen zur Unterschrift verbreitet, die den polnischen Religionsunterricht auf allen Stufen der Volksschule fordern.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Andrassy und das ganze Kabinett Wekerle demissioniert?

Die „Neue Freie Presse" meldet aus Budapest: „Es sind Gerüchte von einer Demission des Ministers Andrassy und des ganzen Kabinetts Wekerle wegen der Polonyiaffäre in Umlauf. Dieselben Gerüchte werden in den ernstesten Kreisen geglaubt. Für den 22. cr. nachmittags ist ein Ministerrat einberufen, der über die Demission des Ministeriums beschließen soll. Am Schlusse der Reichstagssitzung am 22. cr. nahm Polonyi nicht mehr seinen Platz auf der Ministerbank ein." — Bei Redaktionsschluß läuft noch folgendes Telegramm aus Budapest ein: Während der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 22. cr. war das Gerücht verbreitet, der Minister des Innern Graf Andrassy habe demissioniert, weil er auf der Ansicht beharre, der Justizminister Polonyi müsse gegen die gegen ihn gerichteten Beschuldigungen die Gerichte anrufen, während Polonyi dies entschieden ablehnt. Diese Meinungsverschiedenheit besteht tatsächlich, doch wird an unterrichteter Stelle auf das entschiedenste versichert, Graf Andrassy habe nicht demissioniert; auch die Demission des Gesamtkabinetts wird als unrichtig bezeichnet. Beunruhigende Gerüchte haben jedoch eine gespannte Situation hervorgerufen, die in kürzester Zeit ihre Lösung erfahren wird. Einige Blätter bezeichnen die Stellung des Justizministers als erschüttert.

Rußland.

Verschiedenes.

Das Ministerium des Inneren brachte im Ministerrate einen Gesetzentwurf ein, betreffend die Unverletzlichkeit der Person in der Wohnung und die Unverletzlichkeit des Briefwechsels, verfaßt von einer Kommission unter dem Vorsitz des Gehilfen des Ministers des Inneren Makarow. Als obersten Grundsatz stellt der Gesetzentwurf auf, daß eine von der Polizei ohne richterlichen Befehl festgenommene Person innerhalb der ersten 24 Stunden ihrer Verhaftung entweder wieder freigelassen oder vom Untersuchungsrichter vernommen werden muß. Nach Prüfung durch den Ministerrat wird der Gesetzentwurf der Duma vorgelegt werden.

Wie man der „Times" aus Petersburg meldet, erklärt man in dortigen Hofkreisen, daß Kuropatkin vom Zaren wieder in Gnaden aufgenommen sei und ihm der Posten als Kriegsminister angeboten werden soll.

Da am Dienstag in vielen Bäckereien Warschaus nicht gearbeitet wurde, herrscht in der Stadt Brotmangel.

Am Jahrestage der Revolution, 22. Januar, herrschte in allen Fabriken von Lodz vollkommener Stillstand; auch die Warenläden und Banken waren geschlossen. Der Verkehr auf den Straßen war gering.

Afrika.

Aus Marokko.

Die Dragomane der französischen und spanischen Gesandtschaft in Tanger begaben sich am 22. cr. zu Mohammed el Torres, um demselben die von ihnen ins Arabische übersetzte gemeinsame Note der Kabinette von Paris und Madrid unter den gleichen Formalitäten zu überreichen wie die französisch-spanische Note vom 5. Dezember. — Der französische und der spanische Admiral werden heute abend die Reede von Tanger verlassen. Man glaubt, daß wie bisher ein französisches Schiff, wahrscheinlich der Aviso „Forbin", auf der Reede bleiben wird.

Japan.

Die militärischen Rüstungen.

Nach den in Berlin vorliegenden Nachrichten ist kein Grund vorhanden, hinter den militärischen Rüstungen Japans den Anfang neuer Verwickelungen zu sehen. Es bestätigt sich, daß die Japaner in der Ausnutzung der ihnen durch den Frieden von Portsmouth gemachten Zugeständnisse energisch vorgehen. Andersets deutet aber nichts darauf hin, daß bei ihnen die Neigung vorhanden wäre, durch einen Krieg ihre jetzigen wirtschaftlichen Errungenschaften in Frage zu setzen.

---

12. Plenarversammlung der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen.

(Fortsetzung statt Schluß.)

Es gelangt zuerst der Etat der landwirtschaftlichen Winterschulen zur Behandlung. Herr Freiherr v. Erffa hebt hier in der allgemeinen Debatte hervor, daß von drei Kreisen, in welcher sich landwirtschaftliche Winterschulen befinden, und zwar Quedlinburg, Sangerhausen (Artern) und Worbis, an die Winterschulen keine Beiträge gezahlt werden. Er macht in eindringlichen Worten auf das Betrübende dieser Erscheinung aufmerksam und bittet die Kreise, in erster Linie diejenigen, in deren Gebiet sich eine solche Winterschule befindet, aber auch die angrenzenden, sich für diese Schulen zu interessieren und ihnen ihre Unterstützung angedeihen zu lassen, besonders in finanzieller Beziehung. (Beifall.) Im Anschluß daran befürwortet Herr Wadsack-Langensalza eine Fortbildung der aus der Schule entlassenen Jugend, in der Meinung, daß dies, wenn richtig angefaßt, ein wirksames Mittel zur Bekämpfung der Landflucht bilden könnte.

Die Etats der landwirtschaftlichen Winterschulen weisen folgende Ziffern auf: 1. Landwirtschaftliche Winterschule Arendsee i. Altm.: Einnahmen und Ausgaben balanzieren mit 8680 Mk. — 2. Landwirtschaftliche Winterschule Artern: Einnahmen 5700 Mk., Ausgaben 7100 Mk., Fehlbetrag 1400 Mk. — 3. Landwirtschaftliche Winterschule Elsterwerda: Einnahmen 4800 Mk., Ausgaben 5500 Mk., Fehlbetrag 700 Mk. — 4. Landwirtschaftliche Winterschule Erfurt: Einnahmen 8670 Mk., Ausgaben 9537 Mk., Fehlbetrag 867 Mk. — 5. Landwirtschaftliche Winterschule Genthin: Einnahmen 6400 Mk., Ausgaben 7000 Mk., Fehlbetrag 600 Mk — 6. Landwirtschaftliche Winterschule Merseburg: Einnahmen 7600 Mk., Ausgaben 7840 Mk., Fehlbetrag 240 Mk. — 7. Landwirtschaftliche Winterschule Neuhaldensleben: Einnahmen 6500 Mk., Ausgaben 7300 Mk., Fehlbetrag 1800 Mk. — 8. Landwirtschaftliche Winterschule Quedlinburg: Einnahmen 6280 Mk., Ausgaben 7900 Mk., Fehlbetrag 1620 Mk. — 9. Landwirtschaftliche Winterschule Wittenberg: Einnahmen und Ausgaben balanzieren mit 8720 Mk. — 10. Landwirtschaftliche Winterschule Worbis: Einnahmen und Ausgaben balanzieren mit 6380 Mk. — Sämtliche Etats werden genehmigt. Der Etat der Wiesenbauschule zu Schleusingen verzeichnet Einnahmen 10 570 Mk., Ausgaben 12 970 Mk., Fehlbetrag 2400 Mk. — Genehmigt.

Es folgt der Etat der landwirtschaftlichen Haushaltungsschulen: 1. Landwirtschaftliche Haushaltungsschule zu Nebra. Der Etat balanziert in Einnahmen und Ausgaben mit 23 320 Mk. Herr von Helldorff-Zingst als Kurator dieser Schule bedauert, daß die Vorschläge des Kuratoriums so wenig Berücksichtigung finden. Er wünscht, daß diese Etats mehr mit den Intentionen der Schulvorstände in Einklang gebracht würden. Es werde kaum möglich sein, mit diesem Etat für die Schule in Nebra zu wirtschaften. Herr Oekonomierat Dr. Rabe begründet dies damit, daß die Etats zuweilen in großer Eile festgestellt werden und man oft die Vorschläge der Kuratorien nicht mehr abwarten könne. Herr von Helldorff erklärt, sich bemühen zu wollen, mit dem Etat ausgeworfenen Mitteln auszukommen. — 2. Landwirtschaftliche Haushaltungsschule zu Wandersleben: Einnahmen und Ausgaben balanzieren mit 20 263 Mk. — 3. Landwirtschaftliche Haushaltungsschule zu Beetzendorf: Einnahmen und Ausgaben balanzieren mit 13 130 Mk. — 4. Landwirtschaftliche Haushaltungsschule zu Worbis: Einnahmen 9287 Mk., Ausgaben 10 287 Mk. Zuschuß der Landwirtschaftskammer 1000 Mk. Die Etats der Haushaltungsschulen werden genehmigt.

Der Etat des Bakteriologischen Instituts der Landwirtschaftskammer weist auf an Einnahmen 95 770 Mk., an Ausgaben 98 770 Mk., Zuschuß der Landwirtschaftskammer 3000 Mk. Ohne Bemerkungen genehmigt.

Etat der Zentral-Geflügel-Zuchtanstalt. Die Einnahmen betrugen 13 800 Mk., die Ausgaben 16 688 Mk., der Zuschuß der Landwirtschaftskammer 2888 Mk. Die Erhöhung der Auslagen resultiert, wie Herr Rittergutsbesitzer Schirmer-Neuhaus mitteilt, in der Hauptsache aus der Besserstellung der Beamtengehälter. Der Etat wird genehmigt.

Etat der Zentral-Ankaufsstelle für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte. Einnahmen (Reingewinn der Zentral-Ankaufsstelle nach dem Durchschnitt der letzten drei Rechnungsjahre) 67 116 Mk., Ausgaben 163 816 Mk. Wird genehmigt.

Es folgt der eigentliche Etat der Landwirtschaftskammer, der in Einnahmen und Ausgaben mit 1 093 748 Mk. abschließt. In der Debatte nimmt zuerst das Wort Herr Graf von der Schulenburg-Bitzenburg, um über die Tätigkeit des Ausschusses zur Förderung der Viehzucht kurz zu referieren und unter ausführlicher Begründung den nachfolgenden, gemeinsam von den Ausschüssen für die Förderung der Tierzucht, für die Förderung der Forstwirtschaft und für die Förderung des Obstbaues gestellten Antrag zur Annahme zu empfehlen. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Die 12. ordentliche Plenarversammlung der Landwirtschaftskammer wolle beschließen, den Vorstand zu ersuchen, in dem Etat für das Rechnungsjahr 1908 die Aufwendungen für die technische Förderung der heimischen Landwirtschaft, insonderheit der Viehzucht, sowie auch des Wald- und Obstbaues zu verstärken und zu diesem Behufe von dem der Kammer gesetzlich zustehenden Rechte der Erhebung von ½ Prozent des Grundsteuer-Reinertrages Gebrauch zu machen."

Der Genannte sowie mehrere andere Redner weisen eindringlich auf die Notwendigkeit einer intensiven Förderung der Viehzucht seitens der Landwirtschaftskammer hin. Es sei darauf Bedacht zu nehmen, daß die heimische Landwirtschaft jederzeit in der Lage sei, den Bedarf an Vieh voll und ganz zu decken. Die Herren Landeshauptmann von Bismarck-Brieß und Oekonomierat Garcke-Zeitz empfehlen den Antrag vom Standpunkt des Forst- bezw. Obstbau-Ausschusses. Auch Herr Freiherr von Erffa und Herr Rittergutsbesitzer Schirmer-Neuhaus weisen auf die Notwendigkeit einer besonderen Förderung der Tierzucht hin. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Hierauf stellt und begründet Herr Graf Hohenthal-Dölkau folgenden Antrag inbezug auf die Lehrschmieden:

Die Landwirtschaftskammer wolle beschließen zu Kapitel III, Titel I, Position 10b des Etats:

In Erwägung, daß die Verhandlungen mit dem Herrn Minister und dem Herrn Landeshauptmann in betreff der Unterstützungen an alle Lehrschmieden der Provinz zu einem definitiven Resultat noch nicht geführt haben und in fernerer Erwägung, daß diese Lehrschmieden schwerlich weiterbestehen könnten, wenn die bis jetzt gewährten Unterstützungen für 1907 von seiten der Kammer wegfallen, beschließt die Kammer:

1. Der Vorstand wird ersucht, seine Bemühungen dahin zu richten, daß der Unterhalt der Lehrschmieden in der Provinz jedenfalls gesichert ist,
2. zunächst für das Etatsjahr 1907 Unterstützungen im Betrage von 1500 Mk. an diese Lehrschmieden weiter zu gewähren.

Der Antragsteller weist auf die segensreiche Tätigkeit der Lehrschmieden namentlich für die kleineren Landwirte hin und bittet, dafür zu sorgen, daß diesen Lehrschmieden dieselbe Unterstützung auch in Zukunft gewährt wird. Der Antrag Hohenthal wird sodann angenommen.

In der Debatte nehmen noch das Wort die Herren Rittergutsbesitzer Schirmer-Neuhaus, der besondere Förderung der Schafzucht empfiehlt, ferner Förderung der Fischzucht, die er als ein Mittel zur Bekämpfung der Landflucht der Lehrer empfiehlt, Herr von Helldorff-Zingst, der ebenfalls für eine nachdrückliche Förderung der Tierzucht eintritt und lieber den Beamtenapparat der Landwirtschaftskammer reduzieren und die viele schriftliche Arbeit einschränken möchte. Mastviehausstellungen hält dieser Redner zur Förderung der Tierzucht des kleinen Besitzers im allgemeinen nicht für notwendig. Herr Oekonomierat Dr. Rabe erwidert, daß der Beamtenapparat gerade im Interesse der Viehzüchter so gestaltet sei, um allen Anforderungen, die an die Kammer gestellt werden, nachzukommen.

Herr Oekonomierat Wesche-Raunitz stellt hierauf unter ausführlicher Begründung folgende Anträge:

I. Die 12. ordentliche Plenarversammlung der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen erkennt die Notwendigkeit einer einheitlichen Regelung der gesamten Dienst- und Einkommensverhältnisse der Beamten an. Sie ersucht den Vorstand, hierfür entsprechende Vorschläge auszuarbeiten und dieselben im nächsten Jahre der Plenarversammlung zur Genehmigung vorzulegen.

II. Mit Rücksicht auf die allgemein gesteigerten Ausgaben für die Lebenshaltung stellt sie dem Vorstand aus den Ersparnissen des Rechnungsjahres 1906 15 000 Mark mit der Bestimmung zur Verfügung, diese Summe in Gestalt eines Wohnungsgeldzuschusses bereits im Jahre 1907 nach seinem Ermessen zur Auszahlung zu bringen.

Die Anträge werden ohne wesentliche Debatte angenommen. (Schluß folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190701232-15/fragment/page=0002

Aus Nah und Fern.

Schwerer Unglücksfall. Auf dem Brandfelde des Heinitzflötzes der 250 Meter-Sohle des Georg-Schachtes der Königin-Luise-Grube bei Gleiwitz durchbrach, wie der „Oberschles. Wanderer" meldet, vormittags das Feuer die aufgeführten Dämme. Acht in der Nähe arbeitende Bergleute erlitten durch die hervordringenden Flammen und brennende Gase schwere Brandwunden. Die Verunglückten wurden in das Knappschaftshospital gebracht. Die Aufräumungsarbeiten auf dem Brandfelde wurden sofort in Angriff genommen.

Große Brandkatastrophe in Tokio. In Tokio ist das Hauptgebäude des japanischen Ministeriums für das Verkehrswesen niedergebrannt. Die Entstehung des Feuers wird der Ueberheizung eines Ofens zugeschrieben. Der Brandschaden wird auf eine Million Yen geschätzt.

Neue Erdstöße in Kingston. Wie die „Frankf. Ztg." aus New-York berichtet, werden dort weitere schwere Erdstöße aus Kingston gemeldet.

1500 Menschen ums Leben gekommen? Nach einer Meldung aus dem Haag ließ die Flut, die die Südküste der Insel Simenlu bei Atjeh zerstörte, die Insel Simenluatjoet fast ganz verschwinden. Es sollen 1500 Personen umgekommen sein. Täglich finden heftige Erdbeben statt. Der Zivilgouverneur ist mit ärztlichem Hilfspersonal nach der Unglücksstätte abgereist.

Die Aussperrung der Färber in Krefeld ist durch Verhandlungen zwischen den ausgesperrten Färbern, den Färbereibesitzern und den Arbeitgebern des Seidengewerbes, die in allen Teilen zu einer friedlichen Lösung der Streitfragen führten, beendet. Infolgedessen wird heute in allen Betrieben die Arbeit in vollem Umfange wieder aufgenommen werden.

Aus Anlaß des in ganz Rußland beobachteten starken Frostes hat die Petersburger Telegraphenagentur den Direktor des hauptphysikalischen Observatoriums ersucht, die Ursachen dieser Erscheinung aufzuklären. Die Agentur erhielt die Antwort, daß am 18. Januar auf dem nördlichen Eismeere ein starker Antizyklon aufgetreten ist, welcher in ganz Rußland eine stillklare, hochfrostige Witterung hervorgerufen hat. Aehnliche Bedingungen wurden zuletzt im Jahre 1893 beobachtet. Am 21. Januar überstieg das Barometer in Petersburg 798 Millimeter, was seit 1836 nicht mehr beobachtet wurde. Die üblichen Begleiterscheinungen eines derartigen Anticyklons treten als östliche Stürme auf dem Schwarzen Meere und dem Asowschen Meere und als Schneestürme auf den Südbahnen äußerst heftig auf.

Der Dampfer „Prinz Eitel Friedrich". Der angeblich gestrandete Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie, „Prinz Eitel Friedrich", ist in New-York eingetroffen.

Ausstand der Pariser Trambahn-Bedensteten. Sämtliche 700 Bedienstete der Pariser Süd-Trambahn sind am 22. cr. in den Ausstand getreten, weil den Remisen- und Gelesarbeitern die Bezahlung des halben Lohnes für den wöchentlichen Ruhetag verweigert wurde.

Ein neues Wüstenschiff. Das Kamel, das bisher das Recht für sich in Anspruch genommen hat, das einzige legitime Schiff der Wüste zu sein, hat eine ernsthafte Konkurrenz erhalten. Ein englischer Ingenieur namens B. Hornblower, der an der Spitze einer Gesellschaft für Schmalspureisenbahnen steht, hat in der Oase Khargeh in Westegypten ein neues Fahrzeug in Betrieb gesetzt, das für die Reisen in der Wüste eine große Zukunft zu haben verspricht. Er hat eine Art Plattform auf vier Rädern mit breiten, flachen Felgen montiert, die ein Einsinken in den Sand verhindern. Die Betriebskraft liefert wie bei einem gewöhnlichen Segelschiff der Wind, denn in der Mitte der Plattform befindet sich ein Mast mit völliger Takelage. Die Versuche, die in der Umgegend von Khargeh mit dem neuen Schiff gemacht worden sind, fielen höchst befriedigend aus. Hornblower hofft, die Geschwindigkeit seines Fahrzeuges bis auf 50 Kilometer pro Stunde steigern zu können. Eine Gesellschaft hat sich bereits gegründet, die eine Reihe derartiger „Wüstenschiffe" in Egypten laufen lassen will, und es ist sicher, daß sich das neue Verkehrsmittel großer Beliebtheit in Touristenkreisen erfreuen wird.

Provinz Sachsen und Umgebung.

— **Naumburg**, 22. Jan. (Der Unterbeamtenverein des Oberlandesgerichtsbezirks Naumburg), der die Landgerichte Halle, Magdeburg, Torgau, Erfurt, Stendal, Nordhausen und Halberstadt umfaßt, wurde im vorigen Jahre begründet. Er bezweckt, die Lage der Beamten zu verbessern und die Hinterbliebenen derselben zu unterstützen. Die jetzt hier stattgefundene erste Hauptversammlung konnte die gelegte Rechnung mit 2191 Mk. Einnahmen und 300 Mk. Ausgaben entlasten. Der Verein zählt jetzt 328 Mitglieder.

— **Magdeburg**, 22. Jan. (Deutscher Techniker-verband.) Die Bezirksverwaltung Sachsen-Anhalt des Deutschen Technikerverbandes hielt ihren 34. Bezirkstag am Sonntag hier im „Belvedere" unter starker Beteiligung von Vertretern hiesiger und auswärtiger Technikervereine ab.

— **Erfurt**, 22. Jan. (Lohnerhöhung.) Die Eisenbahndirektion gibt bekannt, daß die Tageslohnsätze für die im Bezirk beschäftigten Arbeiter um 20 Pfg. erhöht sind.

— **Dessau**, 22. Jan (Zum Regimentsfest der 93er.) Die Festlichkeiten für das 100jährige Bestehen des Infanterie-Regiments Nr. 93 sind für den 26. und 27. Mai in Aussicht genommen. Bis jetzt hat die Sammlung zur Beschaffung eines Ehrengeschenks durch ehemalige Angehörige des Regiments 5400 Mark ergeben.

— **Jena**, 22. Jan. (Statistisches.) Ueber die Einwohnerzahl der Stadt und die Frequenz der Universität Jena in den letzten fünfzig Jahren gibt eine kleine, von Ernst Pilz angefertigte und vom hiesigen Verein zur Förderung des Fremdenverkehrs durch Postkarten vervielfältigte Skizze Aufschluß. Die kleine interessante Studie gibt genau das Steigen der Einwohnerzahl und die Frequenz der Universität kartographisch wieder, und zwar die erstere nach Dekaden und die letztere nach Lustren. Im Jahre 1855 hatte Jena 6170, 1865: 7300, 1875: 9020, 1885: 11 690, 1895: 15 500 und 1905: 26 360 Einwohner. Daraus ist ersichtlich, daß Jena im letzten Jahrzehnt einen gegen die früheren gleichen Zeiträume ganz enormen Aufschwung genommen. Ganz das Gleiche finden wir bei der Frequenz der Universität. Diese wurde besucht in den Sommersemestern 1856—1906 von: 1856: 425, 1861: 457, 1866: 495, 1871: 363, 1876: 505, 1881: 542, 1886: 687, 1891: 680, 1896: 838, 1901: 821 und 1906 von 1503 Studierenden (mit Hospitanten). Während also die Einwohnerzahl ständig gestiegen ist, fiel der Besuch der Universität in den Jahren 1871, 1891 und 1901 um ein Geringes gegen die Vorzahl, um dann schließlich in den letzten fünf Jahren von 821 auf 1503 emporzuschnellen.

Letzte Telegramme.

Straßburg (Els.), 22. Jan. Ein Soldat des 112. Infanterie-Regiments ist in Mülhausen verhaftet worden, weil er zwei französischen Herren die Lieferung eines Gewehrs des neuesten Modells versprochen haben soll. Auch die beiden Franzosen wurden abgefaßt. Der Handel kam durch aufgefangene Briefe an den Tag.

Freiwaldau, 22. Jan. Der Bergsekretär Ganzke ist in der Nähe des Ausflugsorts Biberteich tot aufgefunden worden. Er war erfroren. Sein Sohn, ein Zivilgeometer, wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Pest, 22. Jan. Im Klub der Kossuthpartei hielt Franz Kossuth an die Parteimitglieder eine Ansprache, in der er sie aufforderte, an dem Justizminister Polonyi als treuem, bewährtem Mitgliede der Partei festzuhalten und den gestrigen Parteibeschluß zu respektieren.

Petersburg, 22. Januar. Telegramme aus verschiedenen Gegenden des Reiches meiden andauernd große Kälte bis zu 35 Grad Réaumur. Wegen Schneeverwehungen können Züge auf den Südostbahnen nicht verkehren. Der Hafen von Odessa ist zugefroren, sodaß die dort liegenden Dampfer einem Dampfer, der in der Nähe von Odessa Schiffbruch gelitten hatte, nicht Hilfe bringen konnten. Zahlreiche Todesfälle durch Erfrieren werden gemeldet. Die Schulen sind in verschiedenen Städten geschlossen worden.

Petersburg, 22. Jan. Die Bemühungen der sozialistischen Partei, heute zur Erinnerung an die Ereignisse vom 22. Januar 1905 einen Streik zu provozieren, hatten keinen Erfolg. Der Tag verlief überall ruhig und ohne Zwischenfälle, außer in Lodz, wo die meisten Fabriken feierten, die Läden geschlossen wurden und die Zeitungen nicht erschienen.

Grenoble, 22. Jan. Der hiesige Seismograph hat gestern morgen 9 Uhr 20 Min. zwei Erdbebenstöße angezeigt.

Tanger, 22. Jan. Es geht das Gerücht, daß der Kommandant der Mehalla alle Stämme der Fahs aufgefordert hat, in dieser Nacht sich bei Sinat mit der Mehalla zu vereinigen. Man glaubt, daß er die Verfolgung des bei dem Kaid der Beni Msiuar weilenden Raisuli aufzunehmen beabsichtigt.

Konstantinopel, 22. Jan. Heute früh um 4½ Uhr wurde hier ein ziemlich starkes Erdbeben verspürt.

Wetter-Aussichten auf Grund der Berichte der Deutschen Seewarte in Hamburg. (Nachdruck verboten.)

Donnerstag, 24. Januar: Milde, wolkig, teils heiter; strichweise Niederschlag.

Freitag, 25. Januar: Wenig verändert, vielfach heiter.

Wasserstände. (Letzte amtliche Nachrichten.)

Saale: Halle + 2,52, Trotha + 3,32, Alsleben + 3 54 Bernburg + 2,94, Calbe, Oberpegel + 2,24, Calbe, Unterpegel + 3,00. — **Unstrut:** Straußfurt + 1,80. **Moldau:** Budweis + 0,18, Prag + 1,40. — **Havel:** Brandenburg, Oberpegel + 2,35, Brandenburg, Unterpegel + 1,78, Rathenow, Oberpegel + 1,43, Rathenow, Unterpegel + 1,32. Havelberg + 3,12. — **Elbe:** Pardubitz + 1,08 Brandeis + 1,66 Melnik + 1,62 Leitmeritz + 1,10, Aussig + 1,56 Dresden + 0,30, Torgau + 2.94 Wittenberg + 3 79, Roslau + 3 60, Aken + 3,85. Barby + 3,94. Magdeburg + 3,38 Tanormünde + 4,08, Wittenberge + 3.50 Lenzen + 3,52. Dömitz + 2,86, Darchau + 2,52 Lauenburg + 2,67.

Börsen- und Handelsteil.

Allgemeines.

—y. **Vom Kaffeehandel.** Der „Frankf. Ztg." wird aus Rio de Janeiro gemeldet: Nachdem in der letzten Woche eine Kommission der Kaffeebörse dem Bundespräsidenten die kritische Lage geschildert hatte, verlangt jetzt die Handelskammer von Santos von der Bundesregierung die dringende Unterstützung der Staatsregierung von Sao Paulo, um eine Katastrophe zu vermeiden. Der jetzige Kaffeevorrat in Santos von drei Millionen Sack entspreche einem Wert von 60 Millionen Milreis. Dies bringe den Handel in Verlegenheit, seinen laufenden Verpflichtungen zu genügen und nötige zu außergewöhnlichen Maßnahmen, um schwere Folgen abzuwenden.

— y. **Ueber die wirtschaftliche Lage der Vereinigten Staaten** hat das Newyorker „Journal of Commerce" eine Rundfrage an eine Reihe von amerikanischen Geschäft-leuten und Nationalökonomen gerichtet. Die Antworten, die darauf bei dem genannten Blatte eingegangen sind, lauten fast ausnahmslos pessimistisch. So erklärte der Präsident der Chase Nationalbank A. B. Hepburn, daß momentan zwar die allgemeine Wirtschaftslage noch befriedigend sei, daß aber eine geschäftliche Ueberspannung vorhanden sei und daß eine unberechtigte Ausdehnung der Kreditgewährung in allen Geschäftszweigen und in allen Teilen des Landes vorliege. Namentlich wird in einer Reihe der Antworten auf die Ueberspekulation am Terrainmarkt, die stets eine Depression der Volkswirtschaft einleite, hingewiesen.

A. Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte und Futtermittel.

— **Magdeburg**, 22. Jan. Getreide und Futtermittel. (Amtliche Notierungen.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 kg netto ab Station und frei Magdeburg Weizen heimischer, englischer gut 168—173 M, mittel 160—167 M, gering bis 140 M, do. Sommer- gut 170—174 M, mittel —,— M, gering bis —,— M, do. Kolben Sommer- gut 180—188 M, do. Hauts- gut 167—170 M, do. ausländischer gut 190—196 M. Roggen gesucht, inländ. gut 161—165 M, ausländ. —,— M. Gerste flau, hiesige Chevaliergerste gut 172—182 M, mittel —,— M, feinste über Notiz, hiesige Landgerste gut 165 bis 175 M, hiesige Wintergerste —, ausländische Futtergerste fest, gut 131—133 M. Hafer ruhig, inländischer gut 167—170 M, ausländischer — M. Mais fest, runder gut 132—135 M, amerikanischer bunter gut 134—136 M. Erbsen, hiesige Viktoria- gut —,— M, grüne Folger gut —,— M.

L. **Hamburg**, 22. Jan. Tägliche ausländ. Offerten in Mark per Tonne einschließlich Fracht-Zoll-Spesen. Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats Weizen: Kanias II schwim. 187 M, Jan./Febr. 187½ M, Febr./März 188 M, Bahia Blanca 80 kg Jan. 190 M, Febr./März 189 M, März 189 M, Barletta 80 kg Febr./März 189 M, Jan./Febr. 187½ M. — Roggen: Südruss. 9 Pud 5 schwim. 164½ M bz., 10/15 Febr./März 167 M, Donau-Bulg. 70/71 kg schwim. 161 M, Febr./März 164½ M. Türk. Jan./Febr. 161½ M. — Hafer: Libau 175—180 M. — Futtergerste: Südruss. 60/61 kg Jan. 126½ M, Febr. 126¼ M bz., April/Mai 125 M bz., Juli alt 120½ M. — Mais: Mixed schwim. 124½ M, New-York Packetfahrt-Dampfer Jan. 124½ M, März 124 M bz., Juni 3 bäfig 126½ M, La Plata Jan./Febr. 127 M, schwim. 125 M, April/Mai 124½ M, Mai/Juni 123½ M, Donau-Bulg. April 122½ M bz., Mai 121¾ M bz.

— **Berlin**, 22. Jan. (Berliner Produktenbörse.) Die amtlich festgestellten Preise waren am Frühmarkt: Weizen, inländ. 178,00—179,00 M ab Bahn. Roggen, inländ. 162,00 163,50 M ab Bahn, Mai 169,75—170,00 M. Hafer, märk., mecklenb., pomm., preuß. pos. u. schles. feiner 176,00—183,00 M, mittel 169,00—175,00 M, gering 165,00—168,00 M ab Bahn und frei Wagen. Mais, amer. mixed 137,00 - 140,00 M, runder 136,00—138,00 M frei Wagen. Gerste inländ. Futtermaire mittel und geringe 143,00—166,00 M, gute 167,00 bis 175,00 M, russische und Donau leichte 131,00—135,00 M, schwere —,— M ab Bahn und frei Wagen. Erbsen, inländ. und ausländ. Futter- und Taubenerbsen 162,00—174,00 ab Bahn und frei Wagen. Weizenmehl 00 22,75 - 24,75 M, Roggenmehl 0 und 1 21,10—22,90 M. Weizenkleie 10, 0 11,20 M, Roggenkleie 10,90—11,30 M — Preise um 2½ Uhr: Weizen fest; Mai 169,00 M, Juli 166,00 M. Roggen fest; Mai 169,50 M, Juli 170,50 M. Hafer fest; Mai 169,50 M, Juli 170,50 M. Mais fest; Januar —,— M, Mai 128,00 M, Juli 127,00 M. Rüböl matter; Januar 67,20 M, Mai 61,70 M, Oktober 55,90 M.

L. **Weltmarkt. Berlin**, 22. Jan. Tägliche Börsennotierungen auf dem Weltmarkt in Mark für 1000 kg ausschl. Fracht, Zoll und Spesen (Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats.) Weizen: Berlin, 755 gr., Mai 185,00, Juli 186,00. New-York, Red Wint. 2, loko 126,10, Mai 130,55. Chicago, Northern I Spring Mai 120,70, Juli 120,15. Liverpool, Red Wint. 2. März 144,80. Paris, Lieferungsw., Jan. 187,95. Budapest, Lieferungsw., April 127,00. Odessa, Ulka 92⅝/30 3—4% Bei. einschl. Bordspes., loko 118,25. Buenos-Aires, Durchschn.-Qual bordir., —,—. Roggen: Berlin 712 gr., Mai 169,50, Juli 170,50, Odessa, 91⁰/₁₆ einschl. Bordspes. loko 107,15. Hafer: Berlin 450 gr., Mai 169,50, Juli —,—. Mais: Berlin, Lieferungsw., Mai —,—. New-York mixed, Mai 87,50. Buenos-Aires, Durchschn.-Qual. bordir., —,—.

Düngemittel.

Leopoldshall-Staßfurt, 22. Januar. Düngemittel. (Bericht von Wichmann & Co., Salzgeschäft.) Es notiert frei Eisenbahnwagen ab Werkstation bei Abnahme in Ladungen mit der Maßgabe, daß für sämtliche deutsche, mit den Abladestationen in direkter Frachtverrechnung stehende Stationen feste Frachtzuschläge gelten, pro 100 kg: Kainit, fein gemahlen, mit 12,4% reinem Kali 1,50 M ohne Sack, 1,98 M mit Sack. Karnallit mit 9% reinem Kali und Kieserit 0,90 M ohne Sack, 1,41 M mit Sack. Kalidüngesalze mit 20% reinem Kali 3,10 M, 30% 4,75 M, 40% 6,40 M ohne Sack, Abnahme einschließlich Sack 0,55 M höher. Torfmehlbeimischung für alle Salze 0,10 M pro 100 kg Aufschlag. Für Kainit, Karnallit und Kieserit wird 5% Notstandsvergütung bewilligt. Die Lieferungen erfolgen nur zur landwirtschaftlichen Verwendung im Inlande.

Kartoffeln. Kartoffelmehl. Stärke.

— **Berlin**, 22. Jan. Kartoffelstärke 16,75—17,25 Mk., Kartoffelmehl 16,75—17,25 Mk., feuchte Stärke 9,00 Mk.

Spiritus.

— **Hamburg**, 22. Januar. Spiritus stetig, Januar 18½ G. Januar-Februar 18½ G., März 18½ G.

— **Paris**, 22. Januar. Spiritus ruhig, Januar 41,75, Februar 42,25, Mai-August 44,00, September-Dezember 38,75.

Stroh und Heu.

Halle a. S., 22. Jan. (Mitgeteilt von Otto Westphal.) Sämtliche Preise gelten für 50 kg, und zwar bei Partien frei Bahn hier, bei einzelnen Fuhren frei Hof hier.

Roggen-Langstroh (Handdrusch) knappes Angebot: 2,25 M

Maschinenstroh für Papierfabriken bei Partien: Roggenstroh und Weizenstroh ohne Geschäft; zu Streuzwecken bei Partien: Roggenstroh 1,90 M, Weizenstroh 1,90 M, in einzelnen Fuhren: Roggenstroh 2,10 M, Weizenstroh 2,10 M: Breitdrusch bei Partien: Roggenstroh 2,00 M, Weizenstroh 2,00 M

Wiesenheu hiesiges oder Thüringer bei Partien: 2,60 M, in einzelnen Fuhren: 3,00 M: gute fremde Sorten bei Partien: 2,30 M, in einzelnen Fuhren: 2,50 M.

Kleeheu erster Schnitt, beste Sorten bei Partien: 2,50 M, in einzelnen Fuhren: 2,80 M: minderwertige Sorten nicht gehandelt.

Torfstreu in 200 Ztr.-Ladungen: frei Bahn hier 1,05 M, in einzelnen Balen: vom Lager hier 1,50 M.

Häcksel, gesund und trocken, bei Partien frei Bahn hier 2,20 M, im einzelnen vom Lager hier 2,70 M.

Oele und Oelfrüchte.

— **Köln**, 22. Januar. Rüböl loko 70,00, Mai 65.00.

— **Hamburg**, 22. Jan. Rüböl ruhig, loko verzollt 69,00.

— **Paris**, 22. Januar. Rüböl flau. Januar 77,50, Februar 72,50, März-April 65,75, Mai-August 61,75.

— **Amsterdam** 22. Januar. Leinöl fest, loco —, Februar 22⁰³/₈, Februar-Mai —, Juni-August 22⁵/₈, September-Dezember —.

W. **Pest**, 22. Januar. Raps per August 12,80 Gd., 12,90 Br.

Zucker.

W. **Hamburg**, 22. Jan. Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg per 100 Kilo per Januar 17,70, per März 17,95, per Mai 18,20, per August 18,50, per Oktober 18,25, per Oktober-Dezember 18,10. Tendenz: Ruhig.

Kaffee.

— **Hamburg**, 22. Januar. Kaffee-Termin-Notierungen. Nur für Good average Santos März 30¾ G., Mai 31 G., September 32 G., Dezember 32½ G. Tendenz: Ruhig.

— **Havre**, 22. Januar. Kaffee. Good average Santos März 38,25, Mai 38,50, September 39 00, Dezbr. 39,75. Tendenz: Ruhig.

— **Amsterdam**, 22. Jan. Java-Kaffee, good ordinary, behauptet, loko 35.

W. **Rio de Janeiro**, 21. Jan. Kaffee. Zufuhren 10 000 Sack in Rio, 59 000 Sack in Santos.

Wolle und Baumwolle.

— **Bremen**, 22. Jan. Baumwolle. Ruhig, aber stetig. Upland middling loco 54½ Pfg.

— **Antwerpen**, 22. Jan. Wolle. La-Plata-Zug Type B. Jan. 5,60 Käufer Mai -,50 bez. Behauptet.

W. **Liverpool**. 22. Jan. Baumwolle. Umsatz 7000 Ballen, davon für Spekulation und Export 500 Ballen. Tendenz: Willig. Amerikan. good ordinary Lieferungen: Stetig. Ver Jan. 5,49, per Jan.-Febr. 5,49, per Febr.-März 5,47, per März-April 5,46, per April-Mai 5,45, per Mai-Juni 5 45, per Juni-Juli 5,45, per Juli-August 5,44, per Aug.-Sept 5,40, Sept.-Okt. 5,36.

Petroleum.

— **Hamburg**, 22. Jan. Petroleum fest, Standard white loko 6,80 Br.

Metalle.

— **Amsterdam**. 22. Januar. Banczinn fest, loco 116½.

— **London** 22 Jan. Silbi 31⁹/₁₆ Lstrl. Chili-Kupfer 107 Lstrl., per 3 Monat 108¼ Lstrl. Blei, span. 19⁷/₈ Lstrl., engl. 20¼ Lstrl., Zinn 192¼ Lstrl., Zink 26⁷/₈ Lstrl.

— **Glasgow**. 22. Jan. Roheisen. Scotch warrants — sh. — d. Warrants Middlesbroough III 69 sh. 8 d.

B. Tiere und tierische Produkte.

Schlachtviehmärkte.

— **Magdeburg**, 22. Jan. (Amtlicher Bericht.) Städtischer Schlacht- und Viehhof. Auftrieb: 269 Rinder, 231 Kälber, 96 Schafvieh usw., 1590 Schweine. Bezahlt für 100 Pfund Lebendgewicht (gemäß den Feststellungen durch die Wagen im Viehhof): Ochsen: A. 41—43, B. 38—40, C. 35—37, D. 30—33 M. Bullen: A. 40—42, B. 36 39, C. 33—35, D. 29—32 M. Kalben u. Kühe: A. —,—, B. 30—33, C. 27—29, D. 24—26, E. 21—23 M. Kälber: A. 53—58, B. 43—50, C. 30—40, D. —,— M. Schafe: A. 37 bis 39, B. 35—36, C. 31—34 M. Schweine (mit 20% Tara): A. 63, B. 59—62, C. 54—58, D. 51—60 M. — Verlauf und Tendenz: Kälber mittelmäßig, sonst flau. Ueberstand: 82 Rinder, 150 Schweine.

C. Neueste Handels-Depeschen.

W. **New-York**, 22. Jan. Roter Winter-Weizen loko 82½, per Januar —,— per März —,—, per Mai 84⅝, per Juli 83⅝, Mais per Januar 54⅜, per Mai 52⅞, per Juli 52⅞. Mehl 3,20. Getreidefracht nach Liverpool 1⅜.

W. **Chicago**, 22. Jan. Weizen per Mai 78, per Juli 77⅞. Mais per Mai 45⅞.

W. **New-York**, 22. Jan. Petroleum Standard white in New-York 7,75, do. in Philadelphia 7,70, do. in Refined Cases 10,25, do. Credit Balances at Oil City 158.

W. **New-York**, 22. Jan. Schmalz Westernsteam 9,80, Rohe und Brothers 9,90.

Verantwortlich: Für Politik und Feuilleton: Dr. Walther Gebhardt; für Provinz, Allgemeines, Börsen- und Handelsteil: Max Ebeling; für Inserate Hermann Behle, sämtlich in Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190701232-15/fragment/page=0003

Berliner Börse, 22. Jan. 1907

Die Rubrik in Cursivschrift giebt die Zinstermine an. Es bedeutet: 1/1 Jan. | 1/4 Apr. | 1/7 Juli | 1/10 Oct. | 1/1.1/7 | 1/4.1/10 | 15/3.9. | 15/6.12. | 15/5.11. | 15/4.10. | 1/1.6.12 | 1/4.7.10 | 1/1.4.7.10. | 15/1.7